AUSGUCK 2.20

DAS MAGAZIN DER CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION IM LAND BREMEN

FACEBOOK: CDU-FRAKTION LAND BREMEN • **TWITTER:** TWITTER.COM/CDUFRAKTIONHB

CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

UNSER HAUS-HALT KANN MEHR. DAS GEHT!

WIR ZEIGEN, WIE HAUSHALT GEHT: FRISCHES DENKEN FÜR BREMEN, SOLIDE FINANZIERT. NEUE IDEEN FÜR BILDUNG, KLIMASCHUTZ, WACHSENDE STÄDTE UND MEHR SICHERHEIT

AUSSERDEM: VISION EINER INNENSTADT · NOVELLE POLIZEIGESETZ · URLAUBSTIPPS

INHALT

AUSGUCK 2.20

3 AUS DEM PARLAMENT

Freimarkt trotz Corona? / Jacobs University vor der Insolvenz retten / Digitale Fraktionsarbeit / Klima-Enquete nimmt Stahlwerke in den Blick

4–6 DAS THEMA

Unser Haushalt kann mehr. Das geht!

7 DAS INTERVIEW

3 Fragen an Carsten Meyer-Heder und Jens Eckhoff

8–12 AUS DER FRAKTION

Innenstadtentwicklung: Warum der City-Gipfel der letzte Ausweg ist / Änderung des Bremer Polizeigesetzes: Mäurer hat verloren / Kiek mal wedder in! Bremer Abgeordnete haben einige Freizeit- und Urlaubstipps für Sie gesammelt

11 DER GASTKOMMENTAR

Lüder Fasche, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP: »Für uns ist die Gesetzesnovelle ein Anti-Polizeigesetz«

MEDIABAR SCANNEN UND MEHR ERFAHREN!

SEITE 3	4	5
DRINGLICHKEITSANTRAG FREIMARKT	VIDEO HAUSHALT 2020 IM LAND BREMEN	VIDEO PRESSEKONFERENZ HAUSHALT 2020

4

HAUSHALT 2020 IM LAND BREMEN

7

8

FREIMARKT TROTZ CORONA?

Noch ist nicht klar, ob der Freimarkt stattfinden darf. »Das gab es seit 985 Jahren nicht, und wir müssen unseren Horizont erweitern, um auch diesen Freimarkt möglich zu machen«, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher Carsten Meyer-Heder. Auf facebook veröffentlichte er daher am 18. Juni seine Ideen, um eine Öffnung möglich zu machen – und traf auf riesige Resonanz. Zum Einen schlug er die Buchung verschiedener Eintrittszeiten im Vorfeld vor. So hätte man Tickets, die gescannt werden und mit denen auch mögliche Infektionsketten nachverfolgt werden könnten. Und was bereits passiert, sollte man weitertreiben: Die ganze Stadt zu nutzen. Der Antrag* wurde von der Koalition abgelehnt, aber Wirtschaftssenatorin Vogt (DIE LINKE) will sich nun selbst ein paar Gedanken machen. Immerhin. ✖

DIGITALE FRAKTIONSARBEIT

A propos Corona: Dass die Gefahr einer Ansteckung aktuell bleibt, führen uns die vielen Umstellungen unserer Arbeitsabläufe in der Fraktion vor Augen. So halten wir die täglichen Mitarbeitersitzungen digital ab, zwei Teams arbeiten in unterschiedlichen Schichten entweder von zuhause oder der Zentrale am Wall aus. Informationsveranstaltungen haben wir ins Netz verlegt – schon am 1. April starteten wir mit facebook live-Formaten**, in denen wir mit Abgeordneten und Gästen über die Auswirkungen der Krise sprachen (P.S.: Ist alles noch auf unserem facebook-Kanal zu finden!). Einiges davon wird bleiben – in jedem Fall die Erkenntnis, dass wir absolut handlungsfähig geblieben und bestens gewappnet sind für die Zukunft. ✖

JACOBS UNIVERSITY VOR DER INSOLVENZ RETTEN

Es ging durch die Presse: Die Jacobs University (JUB) hat ihren Investor verloren. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass der Senat die drohende Insolvenz unbedingt verhindern und gemeinsam mit JUB und anderen Wissenschaftsakteuren des Landes ein nachhaltiges Konzept erarbeiten muss. Die JUB ist nicht nur eine Bereicherung für die bremische Wissenschaftslandschaft, sondern auch ein starker Wirtschaftsfaktor insbesondere für Bremen-Nord. Zuletzt im Juni hatte die private Universität hervorragende Werte im EU-Ranking erhalten. Sie trägt zum internationalen Renommee und höchstqualitativer Forschung am Wissenschaftsstandort Bremen bei. Die wissenschaftspolitische Sprecherin Susanne Grobien hat bereits Kooperationsmodelle wie etwa eine Public Private Partnership mit der Universität Bremen vorgeschlagen. ✖

KLIMA-ENQUETE NIMMT STAHLWERKE IN DEN BLICK

Am 16. Mai hat die Enquete-Kommission für Klimaschutz des Landes Bremen zum ersten Mal in der Halle 7 getagt, Ende Juni hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Neun Politiker der Bürgerschaftsfraktion und neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem ganzen Bundesgebiet betreten damit parlamentarisches Neuland. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Wasserstoffstrategie in der Stahlproduktion in Bremen ein zentrales Thema sein wird. Prominenten Besuch hatte die Kommission daher am 10. Juli von Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin am DIW, die die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung vorgestellt hat. Am 28. August tagt die Enquete das nächste Mal zum Thema Energiewende. ✖

Susanne Grobien, Wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

*** Den vollständigen Antrag von Carsten Meyer-Heder zum Freimarkt finden Sie hier:**

**** Und hier geht es zu den facebook live-Videos:**

UNSER HAUS-HALT KANN MEHR.

DAS GEHT!

Aha-Effekt: Carsten Meyer-Heder erklärt den Haushaltsentwurf im Zeichentrickfilm

Die Haushaltsberatungen sind abgeschlossen, der Haushalt ist in zweiter Lesung beschlossen worden. Der Antrag der CDU-Fraktion ist zwar abgelehnt worden, hat aber für einige Aufregung und Anpassungen im Nachhinein gesorgt.

Der Aha-Effekt stellt sich bei der Pressekonferenz ein: Die Journalisten drehen die Köpfe von einem Ende des Saales zum Anderen in Richtung Leinwand. Und mit ihnen sieht sich der wirtschaftspolitische Sprecher Carsten Meyer-Heder für anderthalb Minuten als gezeichnete Figur. Als Comic-Carsten stellt er den Haushaltsentwurf seiner Fraktion vor – für jeden verständlich und mit der Zusicherung: »Das geht!« Denn zu den jeweils vorgeschlagenen Investitionsmaßnahmen führt er konkrete Maßnahmen zur Gegenfinanzierung auf – das stößt auf ein breites und positives Medienecho.

WIE ES DAZU KAM

Auf der Klausurtagung im März hatte der finanzpolitische Sprecher Jens Eckhoff bereits grobe Schwerpunkte präsentiert: Bildung, Klimaschutz, Sicherheit. Dazu diskutierte die Fraktion die Themen der mangelnden Wohn- und Gewerbeflächen und die Situation des ÖPNV, aus denen am Ende das Metathema »wachsende Städte« entstand. Außerdem wurde beschlossen, einen Gesamtantrag statt vieler einzelner zu stellen, um nicht unnötig Ressourcen zu binden. Schließlich war absehbar, dass auch Einzelanträge von der Koalition ohnehin abgeschmettert würden.

Am Ende umfasste der Antrag zwölf Seiten kreativer Vorschläge und Gegenfinanzierungen, die Jens Eckhoff während der Pressekonferenz am 22. Juni erläuterte. Im Folgenden haben wir sie noch einmal im Überblick für Sie aufbereitet.

HAUSHALT 2020 IM LAND BREMEN

SCHWERPUNKT KLIMASCHUTZ

Es kann nicht sein, dass Bremerinnen und Bremer ab jetzt einer Solardachpflicht unterliegen, die Stadt aber nicht. Wer Klimaschutz von seinen Bürgerinnen und Bürgern fordert, muss mit gutem Beispiel vorangehen, finden wir. Deshalb wollen wir:

FORDERUNGEN:

- die Ausgaben für die Sanierung öffentlicher Gebäude im Land verdreifachen
- das Wasserstoffprojekt des Stahlwerkes mitfinanzieren
- die Fahrzeugflotten öffentlicher Unternehmen auf Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge umrüsten
- die maroden Sportstätten gleich klimafreundlich sanieren
- Bremerhaven zum Leuchtturm nachhaltiger Technologien machen, indem dort Forschung, Entwicklung und Unternehmen im Bereich der nachhaltigen Zukunftstechnologien eng verzahnt werden

- Komplementärmittel für die gerade breit aufgelegten Konjunkturprogramme einplanen, damit wir die Investitionen für die Wasserstoffstrategie, das Bundesförderprogramm Landstrom und viele weitere im Land Bremen nutzen können

GEGENFINANZIERUNG:

Als Gegenfinanzierung für diese Maßnahmen wollen wir

- die Rücklagen für das Offshore-Terminal-Projekt OTB nicht einfach im Bremer Haushalt untergehen lassen, sondern ein Viertel davon in Wirtschaftsstrukturprojekte für Bremerhaven stecken
- die Ansätze der Zinskosten für die Übernahme der kommunalen Schulden verringern

SCHWERPUNKT BILDUNG

Wieder einmal lauten die Schlagzeilen deutschlandweit, dass Bremen seine Abiturnoten anheben muss, weil die Aufgaben des Zentralabiturs für die Kinder zu schwierig waren. Das liegt aber nicht an unseren Kindern, sondern an den Bedingungen, unter denen sie lernen müssen. So geht es nicht weiter! Die CDU-Fraktion will endlich die Qualität der Bildung in Bremen anheben. Für gerechte Bildungschancen fordern wir:

FORDERUNGEN:

- 300 weitere Lehrerstellen
- ein Schulsanierungsprogramm in dreistelliger Millionenhöhe, das auch die Turnhallen und Sportstätten wie das Internat im »Haus der Athleten« endlich berücksichtigt
- die 5 Mio. Euro aus dem Digitalpakt des Bundes mit Landesmitteln zu verdoppeln, sodass hybrider Unterricht möglich ist und unseren Kindern Zukunftschancen als IT-Fachkräfte offenstehen
- das Kontingent der Praxisintegrierten ErzieherInnen-Ausbildung (PiA) auszudehnen, um mehr Fachkräfte für Kitas auszubilden
- den Ausbau und die Digitalisierung an allen Hochschulen zu fördern und die Uni Bremen bei einer erneuten Bewerbung auf die Exzellenzstrategie ausreichend zu unterstützen
- eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie für die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Uni Bremen zu finanzieren

GEGENFINANZIERUNG:

Als Gegenfinanzierung für diese Maßnahmen wollen wir

- die Entlastung des Bremer Haushalts durch die Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) durch den Bund nutzen
- die allgemeinen Zinstitel an das gesunkene Zinsniveau anpassen
- das Gebäudemanagement verbessern, gerade was den Abschluss von Mietverträgen anbelangt
- eine bessere Eintreibungsquote beim Unterhaltsvorschuss erreichen

Übrigens:
Die Pressekonferenz wurde live per facebook-Streaming übertragen und ist nach wie vor auf dem Fraktionskanal in den Beiträgen zu sehen.

Gute Stimmung bei der Pressekonferenz: Jens Eckhoff und Carsten Meyer-Heder stellen die Ideen der CDU-Fraktion vor, Pressesprecherin Alexa v. Busse moderiert (v. r.)

SCHWERPUNKT WACHSENDE STÄDTE

Ein Land, dass an Wirtschaftskraft, Verkehrsanbindungen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einbüßt, blutet aus und verspielt seine Zukunft. Seit zwölf Jahren ist kein einziger Straßenbahnkilometer neu geplant worden, diverse Stadtteile sind völlig unzureichend an das ÖPNV-Netz angebunden. Kein Wunder, dass junge Familien ins Umland abwandern. Diesen Weg des Senats gehen wir nicht mit und fordern deshalb:

FORDERUNGEN:

- neue ÖPNV-Projekte zu planen, z.B. die Verlängerung der Linie 10 Richtung Weserpark und nach Oslebshausen, die der 3 über die Malerstraße nach Sebaldsbrück, neue Haltestellen an der Uni, in Farge-Ost und Grambke und den Ausbau einer Buslinie in Bremerhaven
- Bremens Fahrrad- und Fußwege zu sanieren, um den Menschen endlich die Mobilität zu ermöglichen, die in anderen Großstädten Standard ist
- eine vielfältige Baulandschaft mit Eigenheimen, preiswerten Mehrfamilienhäusern und Wohnungsgenossenschaften
- städtische Wohnungsbaugesellschaften auf das Ziel zu verpflichten, 4000 neue Wohneinheiten bis 2023 zu bauen
- 30 zusätzliche Stellen für die Planung von Bau- und Infrastrukturprojekten, weil das Nadelöhr bereits hier beginnt
- 13,5 Mio. Euro zu investieren, um Gewerbegebiete zu erschließen statt sie in das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm zu stecken, das erwiesenermaßen die Arbeitslosen in der Arbeitslosigkeit hält
- Komplementärmittel für das Konjunkturprogramm der Bundesregierung einzuplanen, um die Wirtschaftsförderung auf unterschiedlichsten Ebenen zu stärken

GEGENFINANZIERUNG:

Als Gegenfinanzierung für diese Maßnahmen wollen wir

- den Auffangtopf streichen, denn wir brauchen die 20 Mio. jetzt für die maßnahmenbezogene Investitionsplanung
- das Wissenschafts- und Häfenressorts zurückführen in die Ressorts Wirtschaft und Gesundheit, um die Verwaltung nicht aufzublähen
- das Bau- und Planungsmanagement verbessern, sodass Risikoaufschläge bei Bauprojekten verringert werden können
- das Personal für die Grundsteuerreform erst dann einplanen, wenn es wirklich benötigt wird und stattdessen die Stellen für die Bauplanung finanzieren

SCHWERPUNKT SICHERHEIT

Im Bereich Justiz, Feuerwehr und Polizei schreibt der Senat die Mangelverwaltung fort. Das darf so nicht bleiben, denn der Sanierungsstau kann in einigen Bereichen schnell zu einem hohen Sicherheitsrisiko werden. Wir müssen dringend Akzente setzen und fordern deshalb:

FORDERUNGEN:

- insgesamt 20 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte und die Digitalisierung der Justizverwaltung
- ein umfassendes Sanierungsprogramm bei den städtischen Feuerwehrfahrzeugen
- eine bessere Ausstattung der Polizei statt einer Gesetzesnovelle, die den Beamten das Vertrauen entzieht
- die Zielzahl bei der Polizei anzuheben, damit die Polizeibehörden Planungssicherheit erhalten

GEGENFINANZIERUNG:

Als Gegenfinanzierung für diese Maßnahmen wollen wir

- Zinsen realistisch ansetzen und unzureichend gekürzte Titel an den realen Mittelabfluss anpassen
- mit mehr Personal mehr Bußgeldsachen und Strafzahlungen bearbeiten, um mehr Einnahmen zu generieren ✖

CARSTEN MEYER-HEDER:

Sie sind unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik. Was würden Sie anders machen?

Im rot-rot-grünen Haushalt findet doch derzeit gar keine echte Wirtschaftspolitik statt. Das zeigen die neuesten Entwicklungen in der Innenstadt ja auch deutlich. Kaufhof, Karstadt Sport und Zara schließen und am Brill passiert gar nichts. Das ist für Bremen eine Katastrophe. Wir brauchen mehr Flächen für Unternehmen und Menschen, die in Bremen leben wollen. Wir brauchen eine Senkung der Nebenkosten und eine bessere Verzahnung von Wohnen, Arbeit, Lernen und Freizeit.

Auch das Bildungsprogramm reicht Ihnen nicht. Warum?

Der Senat betont zwar immer wieder seine Bildungsoffensive, aber genauer betrachtet ist es keine. In Sachen Digitalisierung verlässt man sich auf Bundesmittel. Auf die Sanierung der Turnhallen werden die Schülerinnen und Schüler vergeblich warten, da schieben sich die Ressorts den Schwarzen Peter hin und her. Und die Anzahl der Lehrer wird nur an die steigenden Schülerzahlen angepasst, die Qualität der Bildung wird dadurch nicht gesteigert werden können. Deshalb wollten wir 300 zusätzliche Lehrer einstellen, die Koalition lehnte aber ab.

Was erwarten Sie vom Haushalt für das Jahr 2021?

Ich bin zunächst froh über die Einsicht der Koalition, dass ein Doppelhaushalt auf der Basis einer völlig verzerrten Steuerschätzung keinen Sinn ergeben hätte. Welche Schätzung wir jetzt erwarten können, ist noch nicht ansatzweise klar. Klar ist nur, dass die Corona-Pandemie massive Auswirkungen haben wird und wir sehr genau hinsehen müssen, wofür die 1,2 Milliarden Euro im Bremen-Fonds eingeplant werden.

JENS ECKHOFF:

Warum hat die CDU einen Gegenentwurf zum Haushalt vorgelegt?

Im Haushalt der Koalition wird klar, wie sehr es Rot-Rot-Grün an einem gemeinsamen Ziel für unser Land fehlt. In der Bildung mangelt es am qualitativen Impuls und die Schulsanierungen haben zu wenig Tempo, im Bereich Klima wird das Personal aufgebläht, aber es fehlen bisher konkrete Maßnahmen. Strukturelle Probleme wie die GENO, Jacobs University oder Innenstadt werden nicht angegangen. Es ist keine Schwerpunktsetzung erkennbar, in dieser uneinigen Koalition geht es nur um die Bedienung der eigenen Klientel.

Wie haben Sie die Schwerpunkte gesetzt?

Wir haben Schwerpunkte gewählt, die Bremen für die Zukunft gut aufstellen - Bildung, Klima, Wachsende Städte und Innere Sicherheit. Über diese Themen haben wir auf unserer Klausurtagung Anfang März intensiv diskutiert. Das haben wir mitgenommen in die weiteren Beratungen zum Haushalt und sind letztlich da gelandet, wo wir nun sind – bei einem visionären, aber soliden Plan für Bremen.

Der Klimaschutz hat einen deutlich größeren Raum als in vorigen Haushalten bekommen. Warum?

Der Klimaschutz hat in den letzten zwei Jahren weltweit an Bedeutung gewonnen – und das ist auch richtig so. Wir können uns doch nicht vor den Tatsachen wie der Erderwärmung verstecken und weitermachen wie bisher. Nein, wir müssen jetzt anpacken und das mit klugen Investitionen, denn nur durch Verzicht und Verbote wird man den Klimawandel nicht in den Griff kriegen. Nur durch innovative Technologien und eine enge Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft werden wir eine Chance haben und zusätzlich Arbeitsplätze schaffen. Das muss mit konkreten Projekten im Haushalt verankert und nicht nur grob in einem Topf abgebildet werden. ✖

INNENSTADTENTWICKLUNG

WARUM DER CITY-GIPFEL DER LETZTE AUSWEG IST

Überall Leerstände, verwaiste Plätze und kaum Betrieb nach 19 Uhr: Die Bremer Innenstadt muss dringend belebt werden!

Die Baupläne für das Sparkassen-Areal am Brill sind zerredet und vom Tisch, aus der Bremer Innenstadt verschwinden Kaufhof, Karstadt Sport und Zara. Der Senat hat Bremens Innenstadt in eine Sackgasse geführt. Was nun nötig ist, um wieder herauszukommen.

»Wir müssen die Quatschrunden endlich beenden!« Das forderte Heiko Strohmann in der letzten Bürgerschaft vor der Sommerpause Anfang Juli vom Senat, nachdem die Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt hatte. Hintergrund der Debatte waren die Negativschlagzeilen zur Bremer Innenstadt in der Woche vorher: Galeria Kaufhof und Karstadt Sports schließen, die Modekette Zara gibt ihre Filiale auf und im Sparkassen-Areal am Brill passiert… nichts.

Bereits im Mai 2020 hatte der Sprecher für Stadtentwicklung Heiko Strohmann den Senat zum wiederholten Mal aufgefordert, ein Konzept für die Innenstadt vorzulegen und in der Bauplanung am Brill transparenter zu kommunizieren. Doch da hatte es der Senat mit einem Streit zwischen Rathaus und Bauresort wohl schon geschafft, die Investoren und ihre Pläne für einen städtebaulichen Leuchtturm am Brill endgültig zu verprellen. Nun soll die alte Sparkasse saniert werden – weiter nichts. »Das ist sinnbildlich für die rot-rot-grüne Koalition«, meint Strohmann. Dem Senat fehle jede Vision oder auch nur eine Vorstellung davon, wie die Innenstadt gestaltet werden sollte.

Den aktuellen Umbrüchen und Herausforderungen will man nun mit einem City-Gipfel begegnen. »Immerhin hat der Senat das hausgemachte Problem erkannt und will sich entsprechende Hilfe und Ideen einholen«, so Strohmann. Und Ideen für diese Beratungen hat er genug. »Wir wünschen uns für das Sparkassen-Areal ein bunt durchmischtes Quartier, das neben einer wirtschaftlichen Entwicklung auch architektonische Akzente setzt. Und unsere Vorstellungen davon, wie die Kerninnenstadt autofrei gestaltet werden könnte, haben wir bereits 2012 vorgestellt.« Am Ende brauche es eine Innenstadt, die gut erreichbar ist und in der Bremerinnen und Bremer ebenso wie Touristen gerne verweilen. Dafür werde sich die CDU-Fraktion beim City-Gipfel einsetzen. ✖

DER NIEDERGANG DER BREMER INNENSTADT

2000

Bis 2000 läuft's: Die 90er sind die Zeit der großen Warenhäuser, das »Konsum-L« aus Söge- und Obernstraße funktioniert. 1991 bekommt der Domshof den Neptun-Brunnen, am Ende des Jahrzehnts öffnet die neue Schlachte. Weserpark und Dodenhof bereichern die Peripherie, sind aber keine Konkurrenz.

2007

Rot-Grün übernimmt den Senat, die Innenstadtentwicklung gerät aus dem Fokus. Ein Fehler, denn die konsequente Wegeführung durch die Innenstadt fehlt noch und der Online-Handel, der den stationären Einzelhandel und das Innenstadt-Bild der Großstädte nachhaltig beeinflussen wird, steht schon in den Startlöchern.

2012

In kurzer Zeit haben sich neue Trends des Einkaufens entwickelt: Shopping ist längst zur Unterhaltung geworden, die Aufenthaltsqualität wird wichtiger. Der Einzelhandel denkt erlebnisorientiert, der Senat leider nicht. Die CDU schlägt Alarm und legt ein neues Innenstadtkonzept vor – mit dem Abriss von Hochstraße und Parkhaus-Mitte und völlig neuen Laufwegen.

2015

Trotz Appell der CDU vor drei Jahren ist nichts passiert. Die Fraktion legt erneut ein Positionspapier unter Einbeziehung des Lloydhofes vor. Es schlägt eine lebendige Mischung von Wohnen, Arbeiten und Gewerbe vor, vielfältige kulturelle und soziale Angebote und die Profilierung Bremens als Stadt der kurzen Wege. Die autofreie Innenstadt ist bereits geplant – aber so, dass die Stadt mit Auto, Fahrrad, Bus, Bahn und zu Fuß gut erreichbar bleibt und die Verkehrsmittel intelligent miteinander verknüpft werden.

2016

Als die Anrainer des Domshofs gemeinsam eine grobe Idee für den zentralsten Platz der Bremer Innenstadt vorlegen, ist auch der Senat endlich aufgewacht. Die Markthalle 8 und das Warenhaus manufactum öffnen, das alte Gebäude der Bremer Landesbank wird neu gestaltet. Leider nahm das Interesse an der Belebung des Domshofs schnell wieder ab, bis heute ist nichts weiter passiert.

2018

Am Lloydhof entzündet sich ein Skandal. Für 25,5 Millionen Euro hatte der Senat das Areal 2012 gekauft, ohne ein Konzept zur Nutzung vorzulegen. Jetzt verkauft sie den Lloydhof mit 4 Millionen Euro Verlust zurück an einen privaten Investor. Ein weiterer Beleg dafür, dass den Verantwortlichen in der Stadt jegliche Ideen fehlen.

2019

Das Sparkassen-Areal am Brill soll neu gestaltet werden. Im Auftrag der Investoren entwickelt Star-Architekt Daniel Libeskind eine Vision, die zum Leuchtturmprojekt in Bremen taugt. Zu visionär für den Bremer Senat: Bausenatorin Schaefer verprellt die Investoren mit der konsequenten Ablehnung, Bürgermeister Bovenschulte kann auch hinter ihrem Rücken den Bruch nicht mehr kitten. Die Pläne sind vom Tisch, passieren wird am Ende gar nichts.

2020

Am Brill soll nicht mehr gebaut, sondern nur noch saniert werden. Galeria Kaufhof, Karstadt Sports und die Modekette Zara kündigen ihre Schließungen an und reihen sich damit in die Historie der letzten zehn Jahre ein. H.W. Meyer, Benetton, Brax, Esprit und Mango sind bereits verschwunden, die Leerstände fallen immer deutlicher auf.

ÄNDERUNG DES BREMER POLIZEIGESETZES

MÄURER HAT VERLOREN

Plötzlich ging es ganz schnell: Noch vor der Sommerpause brachte die Koalition das neue Polizeigesetz in die Bürgerschaft ein. Ein politisches Geschacher mit mehreren Verlierern.

»Ein grundlegend ideologisch und politisch motiviertes Misstrauen gegenüber der Arbeit der Beamtinnen und Beamten der Bremer Polizei« – das liest der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Marco Lübke als Erstes aus dem Dringlichkeitsantrag der Koalition zur Polizeigesetz-Novelle. Überwacht werden statt zu überwachen – so könnte man es auch überschreiben. Neu ist: Anlasslose Kontrollen sollen verboten werden, was die Bekämpfung der Drogenkriminalität praktisch unmöglich macht. Ein/e Polizeibeauftragte/r soll polizeiliches Fehlverhalten und Diskriminierungen aufdecken. Verdächtige sollen mitgeteilt bekommen, ob sie verdächtigt werden und bei Kontrollen muss es eine Quittung geben. Für Lübke haben diese Vorschläge nichts mit Fortschritt zu tun. »Im Gegenteil: Dieses Gesetz wird die Polizeiarbeit nachhaltig erschweren und den bürokratischen Aufwand enorm vergrößern.«

TKÜ GEHT AN MODERNEN METHODEN VORBEI

Besonders präsentiert hat die Koalition ihre Änderungen an der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Doch die ist laut Sprechern der Polizei auch mit dem neuen Gesetz auf uralten Stand. Messenger-Dienste wie WhatsApp, Telegram oder Videotelefonie können nicht ausgewertet werden, eine zeitgemäße Kommunikationsüberwachung der modernen Medien ist damit nicht möglich. Statt auf größer werdende Probleme wie den Schutz von Kindern vor Missbrauch, die Bekämpfung von Cyberkriminalität sowie Radikalisierungen der politischen Extreme angemessen reagieren, betreibe die Koalition laut Lübke unverhohlen linke Klientelpolitik. »Die Linke und ihr ambivalentes Verhältnis zur Polizei finden sich in dem Gesetzestext in einem neuen Ausmaß wieder«, meint er. »Es zeigt unmissverständlich, dass die Polizei von dieser Regierungskoalition keine Rückendeckung erwarten kann.«

VOR DEM MISSTRAUEN EINGEKNICKT

Zudem bewertet Lübke das Gesetz als deutliche Niederlage für Innensenator Mäurer, der sich in der Vergangenheit gerne als Verteidiger des wehrhaften Rechtsstaates und Freund der Polizei inszeniert habe. »Dass die Gesetzesnovelle kurz vor der Sommerpause noch in die Bürgerschaft eingebracht und im Eiltempo beschlossen werden soll, lässt erahnen, dass Senator Mäurer aufgrund des zeitlichen Drucks eher schlechte Karten bei den Verhandlungen hatte und sich dabei offenbar zu fatalen »Kompromissen« hat hinreißen lassen«, meint Lübke. »Dabei wäre es so wichtig gewesen, die Polizei im Land Bremen für einen besseren Schutz der öffentlichen Sicherheit so auszustatten, wie es die CDU-Bürgerschaftsfraktion mit einem Antrag 2018 bereits gefordert hatte.« ✖

Marco Lübke, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

DIESE MASSNAHMEN HÄTTE DIE CDU-FRAKTION IN EINEM NEUEN POLIZEIGESETZ VERANKERT:

- **QUELLENTELEKOMMUNIKATIONS-ÜBERWACHUNG:**
  Bietet die Möglichkeit, an der Quelle des Kommunizierenden, also unmittelbar am Gerät, überwachen zu können.
- **VORRATSDATENSPEICHERUNG:**
  Erhebung und vorübergehende Speicherung personenbezogener und standortbasierter Daten, ohne dass zunächst ein explizit festgeschriebener Speicherungszweck oder -grund gegeben ist. Den öffentlichen Stellen nur zugänglich, wenn gegen eine Person der Verdacht einer schweren strafbaren Handlung besteht und sie der Aufklärung dienen.
- **VERDECKTER EINGRIFF IN INFORMATIONSTECHNISCHE SYSTEME (ONLINE-DURCHSUCHUNG):**
  Geheime Durchsuchung von informationstechnischen Systemen, um das Verhalten von Tätern im Netz nachzuvollziehen.
- **ELEKTRONISCHE AUFENTHALTS-ÜBERWACHUNG (FUSSFESSEL):**
  Dient der Ermittlung des Aufenthaltsorts von Personen, von denen die Begehung einer terroristischen Straftat ausgeht.
- **UNTERBINDUNGSGEWAHRSAM:**
  Bei terroristischen Straftaten wird ein Unterbindungsgewahrsam von bis zu 35 Tagen ermöglicht.
- **AUFENTHALTS- UND KONTAKTVERBOT:**
  Personen, die eine terroristische Straftat planen, dürfen sich nicht an einem bestimmten Ort aufhalten (Aufenthaltsverbot), bestimmte Orte verlassen (Aufenthaltsgebot) oder Kontakt mit bestimmten Personen oder Gruppen haben (Kontaktverbot).

»FÜR UNS IST ES EIN ANTI-POLIZEIGESETZ«

LÜDER FASCHE IST SEIT 1983 IM BREMER POLIZEIDIENST TÄTIG UND SEIT 2018 VORSITZENDER DER POLIZEIGEWERKSCHAFT GDP. ER KOMMENTIERT DIE GESETZESNOVELLE AUS SICHT DER BREMER POLIZEI.

Wieviel persönliche Freiheit wollen wir zugunsten der Sicherheit aufgeben? Das ist eine der spannendsten gesellschaftspolitischen Fragen überhaupt. Diskussionen darüber müssen wir unbedingt ergebnisoffen führen und alle Aspekte sorgfältig beleuchten. Das Thema eignet sich nicht für Gesetzentwürfe, die im Homeoffice von Parlamentsreferenten entstehen und dann des lieben Koalitionsfriedens wegen auch noch als Dringlichkeitssache durchgewunken werden.

Als Gewerkschaft der Polizei mit ihren mehr als 3.000 Mitgliedern sind wird nicht nur das Sprachrohr der Polizeibeschäftigten im Land Bremen, sondern stellen auch eine Vielzahl von Fachleuten, wenn es um Polizeiarbeit geht. Es sollte doch selbstverständlich sein, eine solche Organisation hinzuzuziehen, wenn es um Veränderungen der Sicherheitsarchitektur allgemein und Arbeitsbedingungen von Polizeibeschäftigten in Bremen im Besonderen geht. Polizeirechtlich wäre as richtig und im Beamtenrecht ist diese Konsultation sogar Pflicht. Das sollte man Parteien, die Arbeitnehmerrechte als Teil ihrer DNA ansahen oder sich mit Bürgerrechten besser auskennen als mit Polizeiarbeit aber ja eigentlich nicht erklären müssen.

»RESPEKTLOSIGKEIT GEGENÜBER POLIZEIBESCHÄFTIGTEN«

Tatsächlich haben wir als GdP die Entwurfsinhalte erst nach der Pressekonferenz der Koalitionäre erhalten. Wir empfinden dies als eine Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeschäftigten und Gewerkschaften. Sie ist Ausdruck einer Haltung, die sich auch in einigen Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung wiederfindet und mitverantwortlich ist für ca. 70.000 Übergriffe gegen Polizeibeschäftigte jährlich. Auch für Ereignisse wie in Stuttgart Mitte Juni. Diese von Misstrauen geprägte Attitüde findet ihren inhaltlichen Höhepunkt im Entwurf zum neuen Polizeigesetz.

Es erschwert polizeiliche Arbeit, demotiviert Polizeibeschäftigte und ermuntert Straftäter. Für uns ist es ein Anti-Polizeigesetz. Der Zeitpunkt schien Rot-Rot-Grün wohl günstig, denn die berechtigte Empörung über die polizeilichen Vorfälle in den USA wurde auf Bremens Polizei projeziert. Dass 80 % der Deutschen volles Vertrauen in ihre Polizei setzen und es gerade in Bremen gar keine tatsächlichen Anlässe für polizeikritische Veränderungen gab, scherte niemanden. Und so entstand sie nun, die Giftliste für Polizeiarbeit: anlasslose Kontrollen der Gesinnung von Polizeibeschäftigen, dafür aber keine anlasslosen Kontrollen mehr an Brennpunkten durch Polizeibeamte. Kontrollierte dürfen nun Quittungen verlangen. Angehörige der Bereitschaftspolizei hingegen sollen ihre Kennzeichnung stets im Dienst tragen. Dafür gibt es demnächst die gefahrenabwehrende Telefonüberwachung. Verbrechen und Terroranschläge könnten so verhindert werden. Es sei denn die Täter verwenden Messenger-Dienste wie WhatsApp. Aber wer macht das schon?! ✖

IMPRESSUM

AUSGUCK

CHRISTDEMOKRATISCH
HANSEATISCH
UNTERHALTSAM

EIN MAGAZIN DER
CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 0421-30894-0 · F. 0421-30894-44

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):
Alexa v. Busse
(Pressesprecherin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
5.300 Exemplare

Layout:
eyecon.eu | Visuelle Kommunikation
Am Rüten 6, 28357 Bremen

Art Director:
Jens Krummreich

Illustration:
Georg Constantin

Fotos:
Claudia Grabowski, Bremische Bürgerschaft, Alexander Fanslau, Lüder Fasche – privat

Texte:
Alexa v. Busse, Lüder Fasche

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

FACEBOOK:
CDU-FRAKTION LAND BREMEN

TWITTER:
TWITTER.COM/CDUFRAKTIONHB

77648

Postvertriebsstück
Deutsche Post
Entgelt bezahlt

ausguck
CDU Bürgerschaftsfraktion
Am Wall 135
28195 Bremen

AUS DER FRAKTION

KIEK MAL WEDDER IN!

Sind Sie auch dabei, Ihren Urlaub umzuplanen? Die meisten Abgeordneten besinnen sich dieser Tage auf die Schönheit Bremens und Bremerhavens und haben einige Freizeit- und Urlaubstipps für Sie.

BETTINA HORNHUES (1):

Kennen Sie den Blindengarten? Er liegt wunderschön am Rande von Knoops Park in St. Magnus. Der Garten ist ein Erlebnis für jeden Erholungsuchenden, denn das Erriechen, Erfühlen und Ertasten richtet die Aufmerksamkeit nach innen und führt automatisch zu Entspannung. Ein super Ausflugsziel für jede Altersgruppe!

CARSTEN MEYER-HEDER:

Für mich ist die Überseestadt ein Urlaubsziel. Der Blick aufs Hafenbecken und die ganze Umgebung, die sich immer wieder neu erfindet, sind für mich Entspannung pur und Inspiration.

RAINER BENSCH (2):

Ich verbringe weite Teile des Sommers im Blumenthaler Freibad im Bremer Norden. Für Kinder gibt es viele Spielmöglichkeiten, für mich viele Schattenplätze. Meistens ziehe ich meine Bahnen frühmorgens, manchmal an der Seite von Ex-Bürgermeister Jens Böhrnsen – das macht auch Spaß!

SINA DERTWINKEL:

Ich liebe den Blick von der Containeraussichtsplattform in Bremerhaven. Von dort aus kann man sich wunderbar das Treiben im Hafen anschauen. Zum Relaxen gehe ich in Thieles Garten und zum Joggen, Schildkröten Beobachten oder Spazieren in den Stadtpark Speckenbüttel. Für einen Ausflug kann ich den Wremer Deich empfehlen, wo ich mir immer ein Fischbrötchen gönne. An heißen Tagen springe ich am liebsten in den Spadener See, wo man jetzt auch Wasserski fahren kann.

FRANK IMHOFF (3):

Ich gehe gerne am Wassersporthafen Hasenbüren am Hasenbürener Umdeich spazieren. Am besten an der Gaststätte parken und durch die wunderschöne Natur des Deichs bis zum Ochtumsperrwerk laufen. Am Sonntag kann man am Sperrwerk auch lecker Fischbrötchen essen.

CLAAS ROHMEYER (4):

Ganz egal wie der Sommer wird, ob verregnet oder mega heiß: die Kunsthalle Bremen bietet klimatisierten und trockenen Aufenthalt, zwischen Skulpturen, zeitgenössischen Arbeiten und raumfüllenden Installationen. Nicht nur durch die neue Mischung und Kombination der Dauerausstellung immer einen Besuch wert. ✖

1

2

3

4